

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 74 (1980)
Heft: 11

Artikel: Sulzers Geschäft mit dem Unfrieden : Rede gegen den Atomexport nach Argentinien
Autor: Gruber, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142866>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

KARL GRUBER

Sulzers Geschäft mit dem Unfrieden

Rede gegen den Atomexport nach Argentinien

Lieber würde ich hier vor Euch stehen, um im Namen der Mehrheit der rund 14 000 Winterthurer Sulzer-Arbeiter zu reden. Ich muß Euch gestehen, daß mir dieses Mandat leider fehlt und daß es mir wohler wäre, wenn ich die Stimmung der betroffenen Arbeitnehmer genau kennen würde. Aber ich möchte mich auch nicht hinter diesem Manko verstecken und mich um eine persönliche Stellungnahme drücken. Ich habe in den letzten Tagen mit einigen Kollegen aus den Sulzer-Betrieben gesprochen und dabei festgestellt, daß der geplante Sulzer-Export nach Argentinien viel Verunsicherung unter den Arbeitnehmern hervorgerufen hat.

Arbeitsplätze als Alibi

Die Firmenleitung hat per Anschlagbrett und auf anderen Informationskanälen immer wieder behauptet, dieser Auftrag sei zur Sicherung von Arbeitsplätzen unbedingt notwendig. In den firmeninternen Werkmitteilungen hat sie auch vorgerechnet, was diese sogenannte Arbeitsplatzsicherung in Tat und Wahrheit ausmacht: maximal eine Million Arbeitsstunden. Dies tönt sehr schön, bedeutet aber nur, daß innerhalb der für die Produktion der Schwerwasseranlage benötigten vier Jahre ganze 125 Arbeitsplätze voll zu besetzen sind. Daran wird sehr deutlich, wie wenig Arbeit dieser Großauftrag bringt, der immerhin 500 Millionen Franken kosten wird.

Die Großbanken, die friedlich vereint mit ihren Spitzenvertretern im Verwaltungsrat der Sulzer AG sitzen, wollen diese 500 Millionen Franken sogar direkt an Sulzer bezahlen, um damit im Geschäft mit Argentinien zu bleiben. Die Bankherren brauchen sich ja keine Sorgen zu machen: Wenn die Zahlung wegen unvorhergesehener Ereignisse fallieren sollte, wird das ganze über die Exportrisikogarantie berappt, und die dortigen Defizite werden in Form von höheren Steuern oder gekürzten Sozialleistungen des Bundes in erster Linie auf die Arbeitnehmer überwältzt. Wie wenig es den Banken im Grunde um die Sicherung von Arbeitsplätzen geht, konnten wir selber während der letzten Rezession erfahren, als wir zur Rettung von 150 Arbeitsplätzen in einer beschäftigungsarmen Region einen Risikokredit von nur einer Million Franken suchten, aber bei allen angefragten Banken kein Gehör fanden. Man müßte die Banken aber gerade dazu verpflichten, Produktionen

zu finanzieren, welche möglichst viele Arbeitsplätze schaffen, und sie daran hindern, ihr Kapital für so fragwürdige Großaufträge zu verpulvern.

Aber das Alibi der Arbeitsplatzsicherung verhält auch aus anderen Gründen nicht. Der Sulzer-Konzern hat nämlich kaum Auftragsorgen, im Gegenteil: Schon für 1979 hat er gemäß Geschäftsbericht sein Auftragspolster um 16 und im Stammhaus Winterthur sogar um 30 Prozent erweitert. Und die unverdächtige «Frankfurter Zeitung» hat im April 1980 vermeldet, daß das Auftragsvolumen im Konzern in den ersten Monaten dieses Jahres nochmals um 30 Prozent zugenommen habe (und zwar ohne die Schwerwasseranlage für Argentinien). Von hoher Stelle war übrigens zu vernehmen, daß die Firma gegenwärtig in Winterthur zwischen 500 und 600 Arbeitsplätze zu besetzen sucht, aber die dafür benötigten zusätzlichen Arbeitskräfte nicht findet. Die Unternehmensleitung soll uns also kein X für ein U vormachen; hingegen können die Arbeitnehmer ein Lied davon singen, wie die Ueberstunden und die Schichtarbeit ständig zunehmen.

Bombengeschäft für den Terror

Angesichts dieser realen Beschäftigungsperspektiven ist es umso zynischer, wenn die Lieferung des Rüstzeugs zur Atombombe an das argentinische Terrorregime mit der Sicherung von Arbeitsplätzen begründet wird. Es scheint fast so, als suche man krampfhaft nach Argumenten, um uns damit vergessen zu machen, daß die argentinischen Generäle nur mit Methoden der Unterdrückung, Folterung oder Hinrichtung von Andersdenkenden überleben. Oder daß sie sich, ähnlich wie das bolivianische Terrorregime, für ihre Brutalitäten von erfahrenen Nazischergen beraten lassen. Wer die Menschenrechte so mit Füßen tritt, wird trotz aller gegenteiligen Beteuerungen im Notfall zur Sicherung seiner Macht vor nichts zurückschrecken. Da können uns auch die wohlgemeinten Worte des Schweizer Energieexperten Prof. Zangger in der «Weltwoche» nicht beruhigen.

Wir vergessen vor allem nicht, mit welcher Brutalität dieses Diktaturregime die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen sucht: die Versammlungsfreiheit, das Streikrecht oder das Recht auf freie Gewerkschaftswahlen. Hunderte von Gewerkschaftsaktivisten wurden bereits verhaftet, gefoltert oder hingerichtet. Während sich die polnischen Arbeiter mit Mut und Aktionsbereitschaft aus dem Partei- oder Staatsdiktat herauslösen, würde die Schweizer Atomlieferung die argentinischen Arbeiter noch mehr der Juntadiktatur ausliefern. Gerade anfangs des Jahres hat dieses Regime ein Antigewerkschaftsgesetz in Kraft

gesetzt, das keine Zweifel über seine Demokratiefeindlichkeit, ja seinen Demokratiehaß offenläßt.

Das Beispiel der kanadischen Gewerkschaften

Die kanadischen Gewerkschaften, die für ihre härtere und geradlinige Gangart bekannt sind, haben diese unangenehme Situation schon länger erkannt und sich national und regional immer stärker gegen Nuklearexporte nach Argentinien eingesetzt. Gemeinsam mit engagierten christlichen Kreisen riefen sie vor drei Jahren die sogenannte No Candu-Bewegung ins Leben, die vor allem den Export von kanadischen Atomreaktoren des Typs Candu nach Argentinien bekämpfte. Diese Aktion hatte auch einen ersten augenfälligen Erfolg: Am 3. Juli 1979 weigerten sich im kanadischen Hafen von Saint John über hundert Schiffs- und Eisenbahnarbeiter, eine Ladung Schweren Wassers nach Argentinien zu verladen.

Auf diesen Druck hin gab die argentinische Junta schließlich sieben gewerkschaftliche Häftlinge frei. Aber da sie an der Liefersicherheit Kanadas zu zweifeln begann, schaute sie sich für den nächsten Nuklearauftrag nach verlässlichen Partnern um, und so kam die Firma Sulzer zum Zug. Wenn diese heute behauptet: «Wenn wir nicht liefern, so tut es jemand anders», so muß man ihr entgegenhalten, daß hier dieser andere die Sulzer AG ist.

Die kanadische Arbeiterbewegung hat eine überzeugende und wirkungsvolle Solidarität mit der argentinischen an den Tag gelegt. Es muß verhindert werden, daß es einer Schweizer Firma gelingt, diese internationale Solidarität zu unterlaufen oder zu sabotieren. Das norwegische Nobelpreiskomitee hat dieses Jahr bekanntlich einem Argentinier den Friedenspreis verliehen, der selber im Gefängnis für die Sache der Arbeiter gelitten hat. Es wäre unverantwortlich, wenn die Schweiz den argentinischen Machträgern das Werkzeug zur Herstellung der verheerendsten Vernichtungswaffe in die Hand geben würde.

Wir sind in Argentinien sehr darüber besorgt, daß die Schweizer Regierung den Export einer Schwerwasserproduktionsanlage nach Argentinien bewilligt. Wir sind nicht davon überzeugt, daß unsere Regierung die Atomtechnologie nur friedlich nutzen wird. Ebenso wenig verstehen wir, warum Schweizer Banken Argentinien große Kredite gewähren. Auf wirtschaftlicher und politischer Ebene gibt es dafür sicher viele Rechtfertigungen. Jedoch glaube ich, daß Wirtschaft und Politik jede ethische Ausrichtung verloren haben.

(Adolfo Perez Esquivel, Friedensnobelpreisträger 1980, in einem Gespräch mit dem Berner «Sämman» vom Juni 1980)
